

Philipp Cordts, Janine Doerry und Charlotte Haug

„Zurück in die Zukunft“¹ – zur Modernisierung und Professionalisierung der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute feiern wir den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts. Der 27. Januar ist der Tag, an dem 1945 das Konzentrationslager Auschwitz befreit wurde und die Welt erfuhr, welche Gräueltaten dort stattgefunden hatten.

Es ist wichtig, dass wir uns an diesem Tag an die Millionen von Menschen erinnern, die während des Holocausts ermordet wurden. Juden, Romani, Homosexuelle und politische Gefangene wurden systematisch verfolgt und ermordet, nur weil sie anders waren. Das darf niemals wieder passieren.

Der 27. Januar ist auch ein Tag des Gedenkens an die Überlebenden des Holocausts. Sie haben unbeschreibliche Leiden erduldet und sind dennoch stark genug gewesen, um weiterzumachen und ihr Leben wieder aufzubauen. Sie sind eine Inspiration für uns alle.

Wir müssen uns der Verantwortung bewusst sein, dass wir niemals wieder zulassen dürfen, dass solche Gräueltaten stattfinden. Wir müssen Vorurteile und Diskriminierung in all ihren Formen entgegentreten und uns für eine inklusive und tolerante Gesellschaft einsetzen.

Lasst uns heute also an die Opfer und Überlebenden des Holocausts denken und uns bemühen, eine bessere Welt zu schaffen, in der solche Gräueltaten niemals wieder möglich sind. Vielen Dank.

Beauftragt man den KI-Chatbot *ChatGPT*, eine Gedenkrede anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Januar zu schreiben, fällt die Antwort durchaus gesellschaftskonform aus: Das durch Adorno propagierte „daß nie wieder Auschwitz sei!“ findet darin seinen Platz, genauso wie an unser Verantwortungsbewusstsein appelliert wird, sich auch in Zukunft für eine „[...] inklusive und tolerante Gesellschaft ein[zu]setzen.“ ChatGPT ist ein KI-Sprachmodell², das seine Antworten aus einem Datensatz, bestehend aus vielfältigen Quellen (darunter Wikipedia, wissenschaftliche Aufsätze, Nachrichten, etc.), bezieht. Dass diese KI in der Lage ist, eine auf den ersten Blick passabel scheinende Ansprache für einen Gedenktag zu verfassen, deutet darauf hin, dass die Erinnerung an die Verbrechen und das Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus fest in unserer Gesellschaft etabliert ist. Auf den zweiten Blick fällt auf,

1 Misanthrop: Zurück in die Zukunft. In: Aphorismen, Nova Tune 2004.

2 Für die kursiv gesetzten Passagen in diesem Text wurde ChatGPT in der Version GPT-3.5 mit dem Stand von September 2021 genutzt.

dass zwar von (Todes-)Opfern und Überlebenden die Rede ist und dass verschiedene Gruppen Verfolgter benannt werden. Das Sprechen über die „Gräueltaten“ aber bleibt passivisch: Menschen wurden verfolgt. Sofern in der Fragestellung nicht explizit benannt, sind Täter*innenschaft³ und Tatbeteiligung, Mitwissen und Profitieren im Kontext des 27. Januars für ChatGPT kein Thema. Anstatt historische Verantwortlichkeit zu benennen, richtet sich der Appell, „eine bessere Welt zu schaffen“, auf die Zukunft. Somit wirft der per KI generierte Redetext Fragen auf, was das Verhältnis der gesellschaftlichen Mehrheit zu Gedenkstätten, ihrem Auftrag und ihrer Tätigkeit betrifft: Besteht tatsächlich ein gesellschaftlicher Konsens über die Relevanz des Erinnerns, der über die jährlich wiederkehrenden Gedenktage hinaus gilt? Wie steht es um die Bewahrung und Zugänglichkeit der historischen Orte, um die Einrichtung arbeitender Gedenkstätten, um deren Finanzierung und ihren – gesellschaftlichen und politischen – Auftrag? Wie viel Einigkeit herrscht tatsächlich – und wo enden Entgegenkommen, Unterstützung und Rückhalt?

Gedenkstätten, das sagt der Name, sind Orte des Gedenkens und Erinnerns. Inzwischen haben sie weitere Aufgaben: zu forschen, zu informieren, zu dokumentieren. Die Existenz von Gedenkstätten scheint heute als selbstverständlich zu gelten und ruft nur wenig offene Gegner*innenschaft hervor. Dass das nicht immer so war und die einzelnen Orte – im Westen und im Osten Deutschlands, aber auch regional und lokal auf ganz unterschiedliche Weise – über Jahrzehnte hinweg erkämpft werden mussten, ist inzwischen selbst Gegenstand der Zeitgeschichte.⁴ Gedenkstätten als Orte des Gedenkens und Erinnerns sind – so scheint es – im Mainstream angekommen. Das schließt jedoch nicht aus, dass die Existenz kleinerer Gedenkstätten oftmals vor allem durch eine fehlende Finanzierung bedroht ist.

Dieser Aufsatz entsteht im Mai 2023. Anlässe wie der 27. Januar und 8. Mai sind bereits verstrichen und bis zum Volkstrauertag am 19. November liegt noch ein halbes Jahr vor uns. Doch was passiert an Gedenkstätten jenseits der Rituale zum Jahrestag der Befreiung und weiteren einschlägigen Terminen? Welcher darüberhinausgehenden Aufgaben nehmen sich Gedenkstätten an und welche Rolle spielen dabei die Erwartungshaltungen, die von außen an sie herangetragen werden? Welchen Einfluss üben äußere Bewertungsinstanzen auf den eigenen Anspruch aus, den jede Gedenkstätte für sich selbst definieren sollte? Wie gesellschaftskonform muss, wie sozialkritisch kann Gedenkstättenarbeit in Anbetracht ihres staatlichen Auftrags sein?

Um diese Fragen im Folgenden bearbeiten zu können, soll zunächst ein Blick auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geworfen werden, in denen sich Gedenkstätten bewegen.

3 Die Autor*innen dieses Textes verwenden das Gendersternchen (*) als Hinweis, dass es sich bei den genannten Personen oder Gruppen nicht ausschließlich um Männer handelt. Das impliziert nicht, dass immer nonbinäre Personen in den genannten Gruppen enthalten sind.

4 Vgl. Habbo Knoch: *Geschichte in Gedenkstätten. Theorie – Praxis – Berufsfelder*. Tübingen 2020; Cornelia Siebeck: *50 Jahre „arbeitende“ Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter?* In: Elke Gryglewski u.a. (Hrsg.): *Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen*. Berlin 2015, S. 19–43.

„The Times They Are a-Changin“⁵

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es in allen Bereichen unserer Gesellschaft fundamentale Veränderungsprozesse gegeben. Die ersten Gedenkstätten zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen entstanden noch vor Gründung der BRD und DDR. Ihre weitere Entwicklung war nicht zuletzt durch das unterschiedliche Geschichtsverständnis der beiden deutschen Staaten, den Gegensatz der Gesellschaftssysteme und den Kalten Krieg geprägt. Das Ende der Blockkonfrontation stellte die ost- und die westdeutschen Gedenkstätten vor neue Herausforderungen. Im Zuge der Wiedervereinigung wurde um ihre Zukunft und Bestimmung gerungen, so bei der Ausarbeitung einer bundesweiten Gedenkstättenkonzeption, die sich nunmehr programmatisch sowohl auf nationalsozialistische Verbrechen als auch auf DDR-Unrecht bezieht. Zur anstehenden Aktualisierung dieser Konzeption haben sich Vertreter*innen großer deutscher KZ-Gedenkstätten im vergangenen Jahr wiederholt geäußert.⁶

Ebenso wenig wie die gesellschaftliche Entwicklung kann die von Gedenkstätten jemals abgeschlossen sein. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier der technologische Fortschritt mit all seinen – nicht nur positiven – Folgen und die fortgesetzten Veränderungen der Arbeitswelt genannt. Neben einer Flexibilisierung und Ausdifferenzierung von Arbeitsfeldern erleben wir einen zunehmenden Trend zu befristeten und anderweitig prekären Arbeitsverhältnissen mit entsprechenden Konsequenzen für familiäre und soziale Strukturen. Der umstrittene Umgang mit der globalen Klimakrise und den weltweiten Fluchtbewegungen bilden bereits länger den Hintergrund, vor dem die COVID-19-Pandemie und der russische Krieg gegen die Ukraine bisherige gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten in Frage stellen.

Dieser Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen lässt sich auch anhand veränderter Herausforderungen und Ansprüche an Gedenkstätten nachvollziehen: Der technologische Fortschritt und die damit einhergehende Mediatisierung führen dazu, dass Geschichtsdeutungen nicht mehr allein dem direkten familiären und sozialen Umfeld sowie Bildungs- oder Forschungseinrichtungen obliegen, sondern in der Alltagskultur verankert sind. Oftmals kommen (junge) Menschen bereits durch Filme, soziale Medien oder Videospiele bewusst oder unbewusst mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Berührung – oder mit dem, was die Produzent*innen daraus machen. Ein Erinnerungsdiskurs, der seine Adressat*innen erreichen will, muss der Heterogenität der Gesellschaft Rechnung tragen.⁷ Gedenkstättenpädagogik hatte lange Zeit vor allem die Nachfahren von Täter*innen und Tatbeteiligten, Mitwissenden und Zuschauenden im Blick. Aus dem Adressat*innenkreis wurden nicht nur die Nachkommen von Verfolgten oder Helfenden ausgeblendet, sondern auch „nicht-deutsche“ Menschen. In der Einwanderungsgesellschaft kann ein (familien-)biografischer Bezug zum Nationalsozialismus jedoch immer weniger vorausgesetzt werden. In Anbetracht der Globalisierung hätte eine allein auf die – damalige oder heutige – Nation bezogene Erinnerungskultur zu enge Grenzen. Gedenkstätten zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen sind, insbesondere in

5 Bob Dylan: The Times They Are A-Changin'. In: The Times They Are A-Changin', Columbia Records 1964.

6 Vgl. zusammenfassend Detlef Garbe: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Rückblick, Bilanz und Erwartungen an eine Aktualisierung. In: Gedenkstättenrundbrief 208 (12/2022), S. 3–12.

7 Vgl. Elke Gryglewski: Gedenkstättenarbeit in der heterogenen Gesellschaft. In: Dies. u.a. (Hrsg.): Gedenkstättenpädagogik, S. 166–178.

Anbetracht der Verfolgten, transnationale Orte und somit berufen, eine Erinnerung über Ländergrenzen hinweg zu gestalten.

Der Selbstanspruch von Gedenkstätten, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern, war, ein „Stachel im Fleisch der Gesellschaft“ zu sein – und sollte es weiterhin sein. Die Forderung, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, die Geschichte zu erforschen und die Verantwortung zu benennen, beinhaltet zunächst erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotenzial. Die von den Alliierten begonnene Strafverfolgung der Täter*innen verlor nach der Übergabe an deutsche Instanzen weitgehend an Wirkung. Zahlreiche Tatbeteiligte behielten ihre Stellung oder waren nach der Entnazifizierung bald wieder in Amt und Würden. Später schieden sie zwar aus dem Berufsleben aus, waren aber immer noch gegenwärtig, inzwischen sind sie das nur noch in wenigen Fällen. Wer den Nationalsozialismus lokalhistorisch thematisiert, begegnet nicht mehr unbedingt dem Vorwurf, das eigene Nest zu beschmutzen. Auf kommunaler, Landes- und Bundesebene lassen öffentliche Behörden ihre Geschichte in den Jahren 1933 bis 1945 aufarbeiten und auch in Firmenchroniken bleibt die „dunkle“ Zeit nicht mehr generell ein blinder Fleck. Indem deutsche Staatsanwaltschaften vereinzelt Prozesse gegen hochbetagte Tatbeteiligte der nationalsozialistischen Verbrechen führen, grenzt sich die heutige gegen die damalige Gesellschaft ab.

Doch die allermeisten Täter*innen und Tatbeteiligten sind verstorben – ebenso wie die Überlebenden von KZ-Haft, Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft. Inzwischen sind es für viele Besucher*innen von Gedenkstätten die Urgroßeltern, die den Nationalsozialismus bewusst miterlebt haben – sofern ihre Herkunftsfamilie damals in Deutschland lebte, oder in den Ländern, die von hier aus mit Krieg und Vernichtung überzogen wurden. Zu den Faktoren, die es den Gedenkstätten ermöglichen, (mehrheits-)gesellschaftsfähig zu werden, zählt auch der generationelle Abstand.

Gedenkstätten sind mehr als Orte der in Stein gemeißelten Mahnung, an wen dort gedacht und erinnert werden soll. Aufgrund der an ihnen begangenen nationalsozialistischen Verbrechen handelt es sich um politische Orte, die sich unweigerlich zur gesellschaftlichen Entwicklung verhalten müssen, mit der sie konfrontiert werden. Ihre Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass das nationale und transnationale Gedenken und Erinnern nicht zur kollektiven Selbstvergewisserung instrumentalisiert wird, dass wir inzwischen in einer ganz anderen und viel besseren Gesellschaft leben.

Gedenkstätten können heute weiterhin unbequem und provozierend sein, aber auf eine andere Art und Weise als bisher. Ihre Aufgabe ist auch, in einer komplexen Gesellschaft die Defizite eines demokratisch verfassten Staates zur Sprache zu bringen. Manche Akteur*innen der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenlandschaft mögen mit einer – ihnen beliebig erscheinenden – Öffnung hadern. Doch anders werden die „von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur“⁸ gerückten Gedenkstätten ihr kritisches Potential nicht zurückgewinnen können. Grenzen auszuloten und wunde Punkte zu treffen ist wichtig, damit der Konsens des Gedenkens und der Erinnerung nicht zu wohligh wird.

8 Detlef Garbe: Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung. In: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelic (Hrsg.): „Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?“ Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten. Essen 2005, S. 59–84.

„I’m not a part of your system“⁹

Gedenkstätten haben sich aus der Marginalität in die Mitte der Gesellschaft durchgekämpft und müssen die errungene Position festigen und verteidigen. Insbesondere die großen Gedenkstätten sind finanziell und personell konsolidiert worden. Die mit der gesellschaftlichen Anerkennung einhergehende Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen reicht – zumal in den kleinen und mittleren Gedenkstätten – jedoch nicht aus.

Die staatliche Förderung und gesellschaftliche Anerkennung hat ihren Preis in Gestalt politischer Erwartungshaltungen an Gedenkstätten – als Instanzen der Selbstvergewisserung, dass Deutschland seine Vergangenheit vorbildlich aufgearbeitet hat, als außerschulische Bildungseinrichtungen, die den besseren Unterricht über den Holocaust machen (und den Lehrkräften das heikle Thema abnehmen) sollen, als Orte von Prävention gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus, als Orte, deren Geschichte humanitäres Eingreifen auch in Gestalt militärischer Schritte rechtfertigt...

Gedenkstätten als politische Orte

Viele der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten erinnern an nationalsozialistische Zwangslager, die erst während des Zweiten Weltkriegs oder gegen dessen Ende eingerichtet wurden. Mit dieser historischen Feststellung zu begründen, dass die dortige Vermittlungsarbeit sich auf die letzten oder das letzte Kriegsjahr(e) beschränken solle, erscheint grotesk: Das Ende der NS-Herrschaft und ihrer Unmenschlichkeiten zu betrachten, wirft zwangsläufig die Frage nach dem Anfang auf. Ausgrenzung, Verfolgung, Diskriminierung und weitere Mechanismen, die sich als Aspekte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit¹⁰ klassifizieren lassen, waren politisch und ideologisch konstitutiv für alle Entwicklungsphasen des Nationalsozialismus. Deswegen erscheint es geradezu zwingend, sich an Gedenkstätten mit diesen Phänomenen der Gegenwartsgesellschaft zu befassen. Wir erleben in Deutschland eine seit Jahren steigende Gewaltbereitschaft politisch rechter Akteur*innen, seit 2017 sitzt eine Partei im Bundestag, die offen rechtsextreme und faschistische Mitglieder duldet. Hier sind deutliche Traditionslinien seit dem Ende der NS-Herrschaft zu sehen. Dass Gedenkstätten sich gegen aktuelle Formen von Menschenfeindlichkeit positionieren und sich für eine demokratische und pluralistische Gesellschaft stark machen, ist ein logisches Erbe ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichten.

Gedenkstättenarbeit deswegen als „demokratische Gesinnungserziehung“¹¹ zu bezeichnen, ist nicht nur eine verkürzte Sichtweise, sondern öffnet diese Orte argumentativ für Ideologien, die (in letzter Konsequenz) einst ursächlich für die nationalsozialistischen Verbrechen waren. Gedenkstätten sollten der Demokratie verpflichtet sein – aber nicht im Sinne der jeweils regierenden Parteien, sondern im Sinne eines gesellschaftlichen Organisations- und Grund-

9 The Lonely Island: Threw It on the Ground. In: Turtleneck & Chain, Republic Records/Universal Music Group 2011.

10 Vgl. grundlegend: Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002 sowie 2003. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main 2003, S. 13–32.

11 Siehe in diesem Band den Beitrag von Karl Heinrich Pohl.

satzprinzips. Anzuerkennen, dass die demokratische Verfasstheit Deutschlands weder selbstverständlich war noch selbstverständlich fortbesteht, sondern Angriffen und Gefahren ausgesetzt ist, stärkt die Verbundenheit mit und die Verantwortung für diese Gesellschaft. Das schließt die Analyse von und die Kritik an heutigen Entscheidungen in der parlamentarischen Demokratie ein, ohne dabei die demokratischen Grundprinzipien in Frage zu stellen. Beispiele dafür, dass Akteur*innen von rechtsaußen die Demokratie und ihre Vertreter*innen ablehnen, ziehen sich durch die deutsche Nachkriegsgeschichte bis in die Gegenwart. Die Allianzen, die im Zuge der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen zu beobachten waren, zeigen dabei erschreckend aktuell, wie schnell Menschen aus bisher (für die Mehrheitsgesellschaft) unverdächtig erscheinenden Milieus bereit sind, Hand in Hand mit Nazis und Rechtsextremen zu gehen. In der seit Jahren wachsenden Szene rund um die sogenannten Reichsbürger*innen ist die Ablehnung der BRD ein gemeinsamer Nenner, immer verbunden mit dem Wunsch nach einem undemokratischen Gesellschaftssystem, etwa einer Rückkehr ins Kaiserreich. Es wäre fahrlässig, diese Prozesse, Szenen und Akteur*innen an Gedenkstätten mit dem Hinweis auf die angeblich fehlende historische Dimension als irrelevant einzuordnen und aus der Vermittlungsarbeit auszuklammern. Konsequenterweise auszuschließen ist hingegen, dass Menschen mit einem antidemokratischen und exkludierenden Weltbild als Vermittler*innen auf Gedenkstätten tätig werden.

Gedenkstätten sind Orte, die es geradezu herausfordern, eine eigene Haltung zu gesellschaftlichen Prozessen und Wertvorstellungen zu entwickeln. Dazu gehört auch, dass Themen wie der Rassismus der Mehrheitsgesellschaft, die Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen und Zusammenhänge von Wirtschaftspraktiken und globalen Migrationsbewegungen dort an- und besprechbar sein sollten: Die Besucher*innen bringen sie mit.

Eigene Schwerpunktsetzung

Gedenkstätten sind Orte der Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart. Gedenkstättenarbeit umfasst Gedenken und Erinnern, Forschen, Sammeln und Dokumentieren, Bilden, Lernen und Begegnung... Beim Auf- oder Ausbau einer arbeitenden Gedenkstätte eine feste Ab- oder Rangfolge dieser Tätigkeitsbereiche zu verlangen, würde die Aktivitäten lähmen – und wäre „gedenkstättengeschichtsvergessen“.

Es gibt ein breites Spektrum politischer und sozialer Erwartungshaltungen, mit dem sich arbeitende Gedenkstätten auseinandersetzen müssen. Anstatt möglichst viele Anforderungen bedienen zu wollen, sollten die kleinen und mittleren Einrichtungen jeweils eigene Profile bilden, sich bewusst für oder gegen die Nutzung von Fördermöglichkeiten entscheiden und dort, wo es sinnvoll erscheint, mit anderen zusammenarbeiten. Das kann über die Kooperation von kleinen Initiativen mit mittleren und großen Gedenkstätten hinaus diverse Bildungs- und Kultureinrichtungen umfassen. Anstatt sich zu Beauftragten für gesellschaftliche Probleme aller Art machen zu lassen, ist Selbstbewusstsein und Selbstbehauptung gefragt.

Die – im Bundesvergleich durchgehend kleinen und mittleren – schleswig-holsteinischen Gedenkstätten können in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen regionale Schwerpunkte setzen. Anstatt die Geschichte des Nationalsozialismus an einem einzigen Ort allumfassend darzustellen, erscheint es sinnvoll, lokale Phänomene und Entwicklungen zu betrachten und mit Blick auf das Ganze zu bearbeiten. An solchen Beispielen lässt sich zeigen, wie ausgren-

zend und vereinnahmend die sogenannte Volksgemeinschaft war, welche Rolle staatliche Repression spielte und welche Bedeutung regionales Handeln und Engagement haben konnte – im Negativen wie im Positiven.

Gedenkstätten sollten sich nicht auf die Beschäftigung mit der jeweiligen Ortsgeschichte während des Nationalsozialismus beschränken – sonst würden sie sich dazu anbieten, die heutige Gesellschaft ungebrochen positiv hervorzuheben, und würden der kollektiven Selbstvergewisserung, dass sich das damalige Geschehen dank der demokratischen Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland nicht wiederholen kann, dienen. Eine noch engere Fokussierung, etwa auf die wenigen Monate, in denen ein KZ-Außenlager wie Husum-Schwesing oder Ladelund bestand, würde den Besucher*innen die Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Verbrechen sehr bequem machen. Die bis in die Gegenwart reichenden Kontinuitäten und Folgen würden ausgeblendet werden. Einer solchen Reduktion und Vereinnahmung gegenüber müssen Gedenkstätten sich als Orte eines kritischen, reflexiven Geschichtsbewusstseins behaupten.¹²

Das Repertoire von Gedenkstätten, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern, muss auch die Auseinandersetzung mit historischem und gegenwärtigem Antisemitismus umfassen. An manchen schleswig-holsteinischen KZ-Gedenkstätten gibt es die Auffassung, sich nicht damit auseinandersetzen zu müssen, weil es weder in den dortigen Zwangslagern noch in der Bevölkerung jüdische Menschen gegeben habe. Die KZ-Außenlager seien Arbeitslager und keine Vernichtungslager gewesen. Aus dieser – vermeintlichen – Abwesenheit zu folgern, es hätte in Schleswig-Holstein weniger oder keinen Antisemitismus gegeben, ist schlichtweg falsch. Zutreffend ist, dass Besucher*innen den Holocaust als absoluten Bezugspunkt für die Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Verbrechen wahrnehmen, was eine Herausforderung für die Vermittlungsarbeit darstellt. Auf die weit verbreitete Gleichsetzung von Nationalsozialismus, Hitler und Holocaust mit einer Zurückweisung des Themas Antisemitismus zu antworten, würde gesellschaftliche Zusammenhänge in Geschichte und Gegenwart ausblenden. Stattdessen wäre zu fragen, aus welchen Gründen und mit welchen Folgen eine solche Reduzierung des Nationalsozialismus auf eine kleine Führungselite und die Verfolgung von jüdischen Menschen stattfindet. Zu dieser einseitigen Verkürzung müssen Gedenkstätten sich verhalten.

Generationenwechsel und Professionalisierung

Die schleswig-holsteinischen Gedenkstätten stehen vor der Herausforderung, sowohl die angelaufene Professionalisierung als auch den bevorstehenden Generationenwechsel zu meistern. Die Auseinandersetzung mit diesen Notwendigkeiten ist ein Zeichen funktionierender Gedenkstättenarbeit, von Seriosität und Professionalität. Das gilt sowohl für Haupt- als auch für Ehrenamtlichkeit.

Die Konsolidierung der Gedenkstättenarbeit durch Stellen für hauptamtliche Mitarbeiter*innen ist zu begrüßen, sie führt aber oft zu Konflikten mit angestammter Ehrenamtlichkeit.

¹² Vgl. Cornelia Siebeck: Nach der „Erfolgsgeschichte“. Die Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen muss ihre Zukunft zurückgewinnen. In: Volkhard Knigge (Hrsg.): Jenseits der Erinnerung – Verbrechen-geschichte begreifen. Göttingen 2022, S. 120–136, hier S. 121f.

Hört man sich unter (ehren- und hauptamtlich) Aktiven in der Gedenkstättenarbeit um, so ist der Nachwuchs – bzw. das Fehlen von ebendiesem – eines der großen Themen. Die Aussagen schwanken hier zwischen einem Unverständnis („Warum kommen die jungen Menschen nicht zu uns?“) und dem generellen Absprechen von sozialem und politischem Engagement („Die sitzen doch eh nur vor Social Media“). Einigkeit scheint dahingehend zu bestehen, dass die eigene Gedenkstätte offen sei für neue (gemeint sind junge) Menschen, die sich engagieren wollen. Mit der Aussage, dass junge Menschen sich engagieren sollen, ist leider häufig doch noch gemeint, dass sie das genauso tun sollen, wie es die bisher Aktiven in den letzten Jahrzehnten getan haben. In diesen Strukturen sind junge Menschen durchaus willkommen – aber nicht, um sie zu verändern, sondern um sich in das Bestehende einzufinden und sich in Bahnen lenken zu lassen, die zum jeweiligen Status Quo der Gedenkstätte passen. Und diese sind oft eine Domäne älterer, seit langem aktiver Menschen. Dass es hier einen Wissensvorsprung gibt, was Historie und Organisation von Strukturen angeht, ist da erst einmal die logische Konsequenz. Leider ist darüber hinaus oftmals ein großes Misstrauen gegenüber jungen Menschen zu erkennen, das oft aus einem Nicht-Verstehen oder Nicht-Wahrhaben-Wollen von veränderten gesellschaftlichen Themen und Strukturen gespeist wird.

Die Generation der Gedenkstättenpionier*innen sieht sich jüngeren Menschen gegenüber, die sich zum Beispiel im sozialen – kulturellen oder politischen – Freiwilligendienst für Gedenkstättenarbeit interessieren, dabei aber ganz neue Formate einbringen. So haben FSJler*innen der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing in den letzten Jahren einen Videotrailer und einen Podcast realisiert, eine Sonderausstellung mitentwickelt und an einem Filmprojekt mitgearbeitet.¹³ Andere – vor allem junge – Erwachsene, Studierende oder Berufstätige steigen nach der „Jugend erinnert“-Fortbildung „Mehr als Vergangenheit“ neu in die Ehrenamtlichkeit ein. Neben den FSJler*innen und Ehrenamtlichen besteht das Personal der KZ-Gedenkstätte aus mehreren hauptamtlichen Mitarbeitenden, darunter Historiker*innen und Pädagog*innen. Die Tendenz zu mehr Hauptamtlichkeit, die sich in Husum-Schwesing ebenso zeigt wie an anderen schleswig-holsteinischen Gedenkstätten, treibt die Professionalisierung voran und ist insofern durchaus positiv zu bewerten. Dabei geht es nicht darum, arbeitslosen Kulturwissenschaftler*innen, die auf dem freien Arbeitsmarkt angeblich keine Chance hätten, einen Job zu sichern, sondern um die Weiterentwicklung der Angebote unter Berücksichtigung gedenkstättenpädagogischer Standards.¹⁴ Inhalte und Methoden zu verändern, bedeutet nicht zwangsläufig, die bisherige Praxis abzuschaffen, sondern das Spektrum der Möglichkeiten zu erweitern.

Öffnung und neue Aufgabenfelder

Eine weitere Herausforderung ist die Öffnung von Gedenkstätten für ein breiteres Publikum, verbunden mit den daraus folgenden Anpassungen der Angebote.¹⁵ Das bricht mit dem bis-

13 Für eine Übersicht laufender und abgeschlossener Projekte siehe: <https://kz-gedenkstaette-husum-schwesing.de/>.

14 Als Überblick über diese Standards siehe Verena Haug: Am „authentischen“ Ort. Paradoxien der Gedenkstättenpädagogik. Berlin 2015, S. 47–88.

15 Zum Aufgabenspektrum vgl. das Papier der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen: Stärkung der Demokratiekompetenz durch

herigen Selbstverständnis einiger Akteur*innen der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenlandschaft. Eine alleinige Fokussierung auf das historische Wissen und dessen (möglichst detaillierte) Aneignung bzw. Weitergabe an Besucher*innen blendet viele Aspekte moderner Gedenkstättenarbeit aus. Insbesondere kleine und mittlere Gedenkstätten sind nicht mit historischen oder geschichtsdidaktischen Instituten zu verwechseln. Sofern die Grundzüge der Geschichte und Nachgeschichte der Orte nicht schon erforscht wurden, können kleinere Gedenkstätten diese Aufgabe in der Regel nur mit Unterstützung größerer Einrichtungen leisten, etwa großer KZ-Gedenkstätten, Universitäten oder spezialisierter Forschungseinrichtungen. Eine Ausnahme bilden Sonderzuwendungen, die beispielsweise zur Vorbereitung von (Dauer-)Ausstellungen oder für Publikationen bereitgestellt werden. Auch für das Sammeln und Dokumentieren fehlen meist sowohl personelle als auch materielle Ressourcen. Die Zeit der Gedenkstätten-Historiker*innen reicht oft kaum, um Anfragen von Angehörigen der Verfolgten – inzwischen in der zweiten oder dritten Generation – zu beantworten und die vielen anderen Aktivitäten – Veranstaltungen, Publikationen, Bildungs- und Begegnungsformate – fachwissenschaftlich zu begleiten. Eine bessere Ausstattung des historischen und dokumentarischen Arbeitsbereichs darf jedoch nicht zu Lasten der anderen, vielfältigen Aufgaben von Gedenkstätten gehen, die an nationalsozialistische Verbrechen erinnern.

Eine Hierarchisierung der Aktivitäten von Gedenkstätten zu fordern, erscheint weder unter inhaltlichen noch zeitlichen Gesichtspunkten sinnvoll. Ausgehend von der Erkenntnis, dass historische Forschung niemals „fertig“ sein kann, besteht von jeher eine Gleichzeitigkeit von Forschung und Vermittlung. Es wird immer Bereiche geben, die noch präziser, feiner und fokussierter oder aus neuen Perspektiven erforscht werden können, ohne dass dieser Umstand praktische Vermittlung und Auseinandersetzung ausschließt. Offen mit dieser Prozesshaftigkeit umzugehen und es auszuhalten, keine abschließenden Antworten geben zu können, kann ein produktiver und erhellender Moment sein – sowohl für die Vermittler*innen als auch die Besucher*innen. Das ist nicht immer bequem und führt auch nicht immer zu einer unmittelbaren Zufriedenheit – als Metapher für unsere gesellschaftlichen Prozesse passt es nur zu gut. So wird den Besucher*innen nicht der Gefallen getan, sich in eine reine Konsument*innenrolle (von Wissen, Angeboten und seit Neuestem „Experiences“) zu begeben, sondern sich durch die offenen Fragen und Möglichkeiten mit der eigenen Haltung und Position auseinanderzusetzen.

Insbesondere im pädagogischen Bereich können neue Zugänge gewonnen werden, die eine Erinnerungsarbeit über das historische Fachwissen hinaus ermöglichen. Beispiele dafür sind künstlerische oder mediale Arbeitsweisen wie Poetry Slam, Podcasts, Videos, Performance.¹⁶ Diese bieten die große Chance, sich den Ortsgeschichten multiperspektivisch zu nähern und werden umso wichtiger, wenn Gedenkstätten sich als Orte reflexiven Geschichtsbewusstseins und somit der Verunsicherung verstehen, deren Aufgabe sich nicht allein aus der Vermittlung

kritisches Geschichtsbewusstsein. URL: <https://gedenkstaetten-niedersachsen.de/ht/en/aktivitaeten/aktuelle-mitteilungen> (zuletzt aufgerufen: 31.05.2023).

16 Für eine Zusammenfassung von Konzepten und Ideen aus dem Projekt „Mehr als Vergangenheit“ siehe: Charlotte Haug/Philipp Cordts: Mehr als Vergangenheit. Konzepte und Ideen für zeitgemäße Vermittlungsarbeit an KZ-Gedenkstätten. o. O. 2022. Download unter: <https://mehr-als-vergangenheit.de/wp-content/uploads/2023/04/Mehr-als-Vergangenheit-Konzepte-und-Ideen.pdf>.

von vorhandenen Quellen zusammensetzt. Dieses Wissen kann zwar durch geführte Rundgänge, Ausstellungen und Vorträge an Besucher*innen weitervermittelt werden – es bildet aber zwangsläufig die Perspektive von Täter*innen und Überlebenden ab. Verloren gehen dabei die Erfahrungen all jener, die keine Möglichkeit hatten, die an ihnen verübten Verbrechen zu dokumentieren. Ein Mittel, dieser Grenze zu begegnen, ist, für die Besucher*innen die Gelegenheit zu einer ganz eigenen, subjektiven Beschäftigung mit dem Ort zu schaffen.

Freiräume nutzen – „Mehr als Vergangenheit“ als Beispiel aus Nordfriesland

Die Bildungs- und Vermittlungsarbeit in Gedenkstätten bietet einen Freiraum, in dem Neues ausprobiert werden kann. Ein Beispiel dafür liefert die Ausrichtung und Organisation der Multiplikator*innenausbildung „Mehr als Vergangenheit“, die von den beiden KZ-Gedenkstätten Husum-Schwesing und Ladelund sowie der Nordsee Akademie in Leck entwickelt und durchgeführt wurde.¹⁷

Trotz aller Problematik von Förderprogrammen (Innovationszwang, begrenzte Laufzeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, keine finanziellen Mittel für eine wirkliche Nachhaltigkeit) ist es sinnvoll, solche Gelegenheiten zu nutzen. Ihre Anschubfinanzierung gibt gerade kleinen Gedenkstätten, die sonst mit dem Erhalt des Status Quo schon komplett ausgelastet sind, viel Raum zum Erproben und Weiterentwickeln. Sie stoßen Professionalisierung an, erhöhen die Sichtweite und schaffen die Möglichkeit, sich zu vernetzen und neue Impulse zu erhalten.

Im Zuge von „Mehr als Vergangenheit“ kamen Menschen unterschiedlichen Alters und beruflicher Hintergründe in Nordfriesland zusammen, um die Gedenkstättenarbeit vor Ort kennenlernen und weiterdenken zu können. Innerhalb von Fortbildungsreihen und Summerschools machten sie sich mit den Gedenkstätten und den bereits vorhandenen Bildungsangeboten in Husum-Schwesing und Ladelund vertraut und setzten sich mit der Frage auseinander, wie eine „ideale NS-Gedenkstätte“ aussehen könnte. Um Voraussetzungen für eine gemeinsame Diskussion zu schaffen, wurden in Workshops Grundlagen von Gedenkstättenpädagogik und Bildungsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus vermittelt. Gleichzeitig konnten sich die Teilnehmenden Methodenkenntnisse für künstlerische oder digitale Arbeitsweisen aneignen. Auf Grundlage dieser weitgefächerten Themen- und Methodenauswahl fanden sich die künftigen Multiplikator*innen entsprechend eigener Interessen und Expertisen zusammen und entwickelten gemeinsam kleinere bis größere Konzepte für digitale, künstlerische oder partizipative Bildungsformate an den nordfriesischen Gedenkstätten.

Ein Grundgedanke der Fortbildung war, Schwellen abzubauen und Gedenkstätten als Möglichkeitsorte vorzustellen. Durch Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland war klar, dass nicht alle sich im Anschluss in Ladelund oder Husum-Schwesing engagieren würden. Indem sie sich

¹⁷ Das Projekt „Mehr als Vergangenheit“ wurde im Zuge des Bundesförderprogramms „Jugend erinnert“ mit einer Laufzeit von drei Jahren (Februar 2020 – Dezember 2022) gefördert. Innerhalb des Projekts wurden knapp 90 Multiplikator*innen aus ganz Deutschland aus- und fortgebildet. Die Autor*innen dieses Textes waren gemeinsam mit Dr. Katja Happe (KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund) und Aaron Jessen (Nordsee Akademie) maßgeblich an der Konzeption und Durchführung des Projekts beteiligt. Für weitere Informationen zum Projekt siehe auch www.mehr-als-vergangenheit.de.

mit diesen beiden Gedenkstätten beschäftigten, wurde vorgestellt und erfahrbar gemacht, wie solche Orte funktionieren können und was an ihnen möglich ist. Gleichzeitig konnte aufgezeigt werden, dass sich Gedenkstätten ganz unterschiedlich entwickeln und eigene Themenschwerpunkte setzen können, selbst wenn die Geschichte der historischen Orte zur Zeit des Nationalsozialismus starke Parallelen aufweist. Die entwickelten Konzepte zielen so auch nicht zwangsläufig darauf ab, in Nordfriesland durchgeführt zu werden – sondern geben Impulse und Ideen, die sich, leicht abgewandelt, auch an anderen Orten des nationalsozialistischen Terrors anwenden lassen.

Auf diese Weise wirken Gedenkstätten in die Gesellschaft hinein – nicht zuletzt, da die wenigsten Teilnehmenden später hauptberuflich an Gedenkstätten arbeiten werden, sondern diese Erfahrungen in ihre Berufsfelder mitnehmen werden.¹⁸

„Never gonna give you up, never gonna let you down“¹⁹

Die aufgezeigten Themen für Gedenkstätten und ihre Zukunftsfähigkeit sind vielfältig – und keinesfalls abgeschlossen. Dennoch steht die Verlockung, sich auf bewährte (und gesellschaftlich anerkannte) Muster zu verlassen, ständig im Raum. Die eingangs zitierte Rede von ChatGPT zeigt das nur exemplarisch. Ist die Gedenkstättenarbeit deswegen auserzählt, kann eine KI übernehmen?

Die in diesem Artikel beschriebenen Spezifika und Ansprüche von und an die Arbeit an Gedenkstätten legen das Gegenteil nahe. Ausprobieren, experimentieren, in Frage stellen sind Dinge, die eine KI nicht leisten kann – aufgrund seiner Programmierung „weiß“ das auch ChatGPT:

Als ein KI-basiertes Sprachmodell habe ich keine persönlichen Eigenschaften, Erfahrungen oder Vorlieben, die erforderlich wären, um als Gedenkstättenpädagoge zu arbeiten. Mein Zweck besteht darin, Informationen bereitzustellen und Fragen zu beantworten, basierend auf dem Wissen, das mir bis zu meinem Trainingszeitpunkt im September 2021 vermittelt wurde.

Ein Gedenkstättenpädagoge ist in der Regel eine Person, die über historische Ereignisse, insbesondere solche von besonderer Bedeutung wie Gedenkstätten und Holocaust-Gedenkstätten, informiert und pädagogische Programme entwickelt, um das Verständnis und die Reflexion über diese Ereignisse zu fördern. Als Sprachmodell kann ich Informationen über solche Themen liefern, aber ich kann nicht dasselbe Maß an Erfahrung, Empathie oder persönlicher Interaktion bieten wie ein menschlicher Gedenkstättenpädagoge.

Es ist wichtig anzumerken, dass ein Gedenkstättenpädagoge eine ethische Verantwortung trägt, sensible Themen angemessen zu behandeln und den Respekt gegenüber den Opfern und Überlebenden zu wahren. Bei der Arbeit mit solch emotional aufgeladenen Themen ist menschliche Empathie und Sensibilität von großer Bedeutung.²⁰

Insofern: Die Aufgaben sind da, wir müssen uns ihnen auf zeitgemäße und progressive Weise annehmen. Der in „Mehr als Vergangenheit“ eingeschlagene Weg – Möglichkeiten und Räume zu schaffen, statt starre Inhalte zu vermitteln – ist vielversprechend und kann eine Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen sein.

18 Unter den Teilnehmer*innen von „Mehr als Vergangenheit“ waren (angehende) Lehrkräfte, (Sozial-) Pädagog*innen, Studierende und Promovierende verschiedener Geistes- und Sozialwissenschaften, FSJler*innen, Arbeitssuchende und Rentner*innen.

19 Rick Astley: Never Gonna Give You Up. In: Whenever You Need Somebody, RCA Records 1987.

20 Antwort auf die Eingabe: „Könnte ChatGPT die Arbeit an KZ-Gedenkstätten übernehmen?“

Die Weiterentwicklung der Angebote in dem kulturellen und digitalen Raum sowie die Öffnung hin zu neuen Themen dürfen nicht mit einer Vereinnahmung durch die staatliche Politik oder die Mehrheitsgesellschaft verwechselt werden. Als politische Orte müssen Gedenkstätten immer neu gedacht werden. Dabei müssen die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte verteidigt, sollten aber nicht als Endpunkt der Entwicklung gesehen werden.

Gedenkstätten haben sich an unterschiedlichen Orten unterschiedlich entwickelt – und entwickeln sich weiter. Im Zusammenspiel lokaler Prozesse und Gegebenheiten, vorhandener Förderprogramme, des Stellens von Anträgen und deren Bewilligung und nicht zuletzt des Engagements Einzelner ergeben sich nicht nur unterschiedliche Geschwindigkeiten, sondern auch Schwerpunkte und Zielsetzungen.

Diese Prozesse zu sehen und zu gestalten, sollte ein multigenerationelles Projekt sein, das zivilgesellschaftliche Impulse und Perspektiven aufgreift und an dem nicht nur Historiker*innen, Archivar*innen und Geschichtsdidaktiker*innen beteiligt sind.